



Foto: Syda Productions/Fotolia

Von unserem Redakteur  
**Alexander Hettich**

# Jugend mischt in den Gemeinden mit – aber wie?

**REGION** *Klassische Beteiligung stößt an Grenzen –  
Aus für Eppinger Rat – Impuls aus Südbaden*

An die 80 Jugendgemeinderäte gibt es in Baden-Württemberg. Die Region Heilbronn und Hohenlohe sind in dieser Hinsicht Entwicklungsland. Das klassische Modell mit einem von allen Jugendlichen gewählten, dauerhaft installierten Gremium funktioniert eigentlich nur in der Stadt Heilbronn. Die Kommunen, gedrängt von gesetzlichen Vorgaben, suchen nach Alternativen. Auf großes Interesse stößt dabei ein Modell, das in Südbaden erfolgreich erprobt wurde.

**Teilhabe ist Pflicht** „Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen.“ So steht es in der Gemeindeordnung, die in diesem Punkt 2015 verschärft worden ist. Beteiligen, klar – aber wie? Das Gesetz nennt Jugendgemeinderäte als einen Weg. „Gibt es nicht im Landkreis“, heißt es dazu kurz auf Nachfrage im Landratsamt Heilbronn.

Bei klassischen Jugendgemeinderäten ist das korrekt, das letzte Gremium dieser Art in Eppingen wurde dieses Jahr mangels Beteiligung aufgelöst. Niederschwelligere Räte, die in den Schulen gewählt werden, gibt es etwa in Möckmühl oder Lauffen. Neckarsulms OB Steffen Hertwig bietet Jugendsprechstunden an. Flein gehört zu den Gemeinden mit einem Bündel von Formaten, darunter eine Jugendkonferenz. Waldenburg hat den einzigen Jugendgemeinderat im Hohenlohekreis. Die Gremien treten mal mehr, mal weniger in Er-

scheinung. Formate mit starren Sitzungsplänen entsprechen „nicht mehr dem Zeitgeist“, meint Udo Wenzl, Kommunalberater aus Südbaden, der Alternativen entwickelt hat (siehe Interview auf dieser Seite).

Aus der Zeit gefallen? Zumindest die Heilbronner würden da widersprechen. Hier gilt der Jugendgemeinderat noch als leuchtendes Beispiel. Auf die 20 Plätze bewarben sich im Vorjahr immerhin mehr als 50 junge Leute zwischen 14 und 18. Bei rund 5000 Wahlberechtigten in der Stadt lag die Beteiligung bei beachtlichen 53,3 Prozent. Alles in Butter? „Es wäre noch mehr möglich“, sagt der stellvertretende Vorsitzende Gregor Landwehr. Noch mehr Jugendliche könnten sich engagieren, findet der 18-Jährige, trotzdem sieht

er Heilbronn bei der Beteiligung „auf einem guten Weg“. Die Stadträte hätten ein offenes Ohr, bei der jüngsten Diskussion um eine Eventhalle sei man eng eingebunden gewesen. Vom Jugendrat angestoßene Projekte wie die Basketballfelder im Wertwiesenpark setzten Ausrufezeichen. Heilbronns Jungpolitiker bekommen pro Sitzung 15 Euro – eine kleine Anerkennung. Landwehr denkt, „dass Jugendliche sich nicht mehr so sehr für Politik interessieren“.

Jugendgemeinderäte seien kein Auslaufmodell, sagt Benjamin Miller von der Geschäftsstelle des baden-württembergischen Dachverbands: „Das ist immer noch die am weitesten verbreitete Beteiligungsform für Jugendliche.“ Gleichwohl suchen die meisten

Gemeinden nach Alternativen zum an der „großen Politik“ orientierten Format, das Kritikern schon immer als eher exklusiver Gymnasiasten-Zirkel suspekt war. Beispiel Eppingen. Die Kraichgaustadt galt als Vorreiter, mehr als 20 Jahre lang funktionierte hier der Jugendgemeinderat. Die Einrichtung eines Ruftaxis gilt bis heute als große Errungenschaft – auch wenn es kaum noch genutzt wird. Anfang des Jahres kam das Aus für den Rat. Es gab genau eine Bewerberin. Die Stadt zog die Reißleine, sucht nach anderen Modellen. „Die Patentlösung“, räumt Rathaussprecher Sönke Brenner ein, „ist nicht gefunden.“

**Schulen einbinden** Klar ist, dass die Schulen eng eingebunden sind. Laura Schwager hätte nichts dagegen. „Es gibt viele, die sich engagieren wollen“, sagt die Schülersprecherin der Eppinger Selma-Rosenfeld-Realschule, der größten ihrer Art im Landkreis Heilbronn. Die Arbeit des Jugendgemeinderats, räumt sie ein, sei „nicht so weit durchgedrungen“. Bei den Schulen setzt auch ein Modell an, dass immer mehr Kommunen begeistert, zuletzt die Kraichgaugemeinde Sulzfeld (Landkreis Karlsruhe). Der Achterrat macht kommunalpolitische Beteiligung zum Pflichtprogramm für die achten Klassen aller Schularten. In einem mehrstufigen Verfahren bringen die Jugendlichen ihre Vorstellungen ein – flankiert vom Unterricht, wo Kommunalpolitik ohnehin auf dem Lehrplan steht. Der südbadische Sozialpädagoge Udo Wenzl und ein Kollege haben sich das Konzept ausgedacht, mittlerweile können sie sich vor Anfragen kaum retten.